



SOG
SCHWEIZERISCHE OFFIZIERSGESELLSCHAFT

SSO
SOCIÉTÉ SUISSE DES OFFICIERS

SSU
SOCIETÀ SVIZZERA DEGLI UFFICIALI

Mediencommuniqué

Die SOG fordert vom Bundesrat die vollständige Umsetzung des Bundesbeschlusses vom 29. September 2011

SOG, 7. März 2012. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) reagiert äusserst befremdet auf die Versuche des Bundesrates, den Beschluss des Parlamentes vom 29. September 2011 zur künftigen Ausgestaltung der Armee zu sabotieren und insbesondere der Armee die vorgesehenen 5 Milliarden Franken zu verweigern. Die Obstruktion des Bundesrates ist verfassungswidrig, schafft Rechtsunsicherheit und schadet dem Land und seinen Institutionen.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 2. März 2012 entschieden, den Beschluss des Parlamentes vom 29. September 2011, der einen Armeebestand von 100'000 Angehörigen und einen jährlichen Ausgabenplafond von 5 Milliarden Franken vorsieht, nicht umzusetzen. Dieser Ausgabenplafond sollte den Kauf eines neuen Kampfflugzeugs - in vernünftigen Fristen - und die Behebung der gravierenden Ausrüstungslücken ermöglichen. Stattdessen will der Bundesrat den Bundesbeschluss vom 29. September 2011 in Frage stellen und dem Parlament abermals beantragen, den Armeebestand auf 80'000 Angehörige und das Budget auf jährlich 4.4 Milliarden Franken zu senken.

Es besteht kein Grund, auf den beschlossenen Armeebestand von 100'000 Angehörigen zurückzukommen. Dieser Bestand stellt das absolute Minimum dar, das die Armee zur Erfüllung ihrer verfassungsmässigen Aufträge benötigt. Es ist nicht zulässig, die Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Armee ständig zu ändern. Die vom Bundesrat vorgesehene Wiederholung der ganzen Diskussion ist ein reiner Leerlauf. Sie kostet unnötig Geld und Zeit, verzögert die nötige Modernisierung der Armee und die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges und demotiviert nicht zuletzt die Angehörigen der Armee. Offensichtlich steht der Bundesrat nicht hinter die Armee und will ihr darum die nötigen Mittel nicht zugestehen.

Schon der Entscheid des Bundesrates, die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges und die moderate Erhöhung des Ausgabenplafonds der Armee mit einem Sparpaket zu verknüpfen, ist ein unsachliches und unverantwortliches Manöver, das die SOG verurteilt.

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass das Bundesbudget im Zeitraum von 1990 bis 2010 um 100 %, nämlich von jährlich 31 auf 62 Milliarden Franken gewachsen ist. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bundesbudget von 20 % auf 7 %, was einer Reduktion von ungefähr zwei Dritteln entspricht. Die Armee hat seit 1998 über 3.7 Milliarden Franken eingespart, was nahezu einem Jahresbudget entspricht. Zwischen 2009 und 2011 hat die Armee zudem 900 Millionen Franken weniger ausgegeben, die als Reserve zur Finanzierung des neuen Kampfflugzeuges gedacht waren. Kein anderes Departement hat so viel eingespart wie das VBS. Heute wendet die Schweiz im europäischen Vergleich am wenigsten vom Bruttoinlandprodukt für die Verteidigung auf.

Es zeugt von einem Mangel an politischem Verantwortungsbewusstsein, wenn der Bundesrat einerseits das Volk im Glauben lässt, die Sicherheit des Landes sei ein entscheidendes Gut, andererseits aber die dafür nötigen Ressourcen unter das erforderliche Minimum senken will.

Die SOG verlangt, dass der Bundesrat den Beschluss des Parlamentes vom 29. September 2011 respektiert und ihn ohne Wenn und Aber umsetzt. Die Weiterentwicklung der Armee ist mit einem Bestand von 100'000 Angehörigen und einem jährlichen Budget von 5 Milliarden Franken zu planen. Sie erwartet, dass sich Bundesrat und Parlament den Angehörigen der Milizarmee gegenüber, welche eine der wichtigsten Säulen der Sicherheit der Schweiz bildet, solidarisch und respektvoll verhalten.

Für weitere Informationen:

Oberst i Gst Hans Schatzmann, Präsident SOG, 032 621 20 21